

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungen	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIII
Materialien	XXXIX
A. Aktienkapital, Statuten und Gründung	1
1. Aktienkapital.....	1
1.1 Mindestkapital.....	1
1.2 Die nachträgliche Einzahlung des nicht vollständig einbezahnten Kapitals	2
1.3 Aktienkapital in Fremdwährung.....	3
1.4 Aufbringen des Kapitals: Bareinlagen, Sacheinlage oder Verrechnung.....	7
1.4.1 Bareinlage	7
1.4.2 Sacheinlage.....	8
1.4.3 Verrechnung	11
1.5 Aufhebung der Bestimmungen über Sachübernahmen	11
1.5.1 Scheinliberierung/Fortbestand der Liberierungspflicht	13
1.5.2 Haftung des Verwaltungsrates	14
1.5.3 Rückforderungsklage der Gesellschaft nach Art. 678 OR	14
1.5.4 Wirksamkeit der Sanktionen.....	15
2. Statuten	15
2.1 Gesetzlich vorgeschriebener Mindestinhalt	15
2.2 Bedingt notwendiger Statuteninhalt	16
3. Gründung der Aktiengesellschaft.....	17
3.1 Gründungsakt in Form einer öffentlichen Urkunde	17
3.2 Gründervorteile	19
3.3 Gründungsbericht und Prüfungsbestätigung	20
3.4 Abschluss der Gründung durch Handelsregistereintrag	21
B. Beteiligungspapiere: Namenaktien, Inhaberaktien, Partizipationsscheine und Vinkulierung	23
1. Der Nominalwert von Beteiligungspapieren	24
1.1 Währung.....	24
1.2 Mindestbetrag	24
1.3 Aufteilung und Zusammenlegung von Aktien	24
1.3.1 Zusammenlegung nicht kotierter Beteiligungspapiere.....	25
1.3.2 Zusammenlegung von kotierten Beteiligungspapieren	26
2. Namen- und Inhaberaktien	27
2.1 Einschränkung der Inhaberaktien.....	27
2.2 Die Umwandlung von Inhaber- und Namenaktien.....	28
3. Partizipationsscheine	29
3.1 Die Rechte der Partizipanten.....	29
3.2 Die Schaffung von Partizipationsscheinen.....	31
3.3 Die Umwandlung von Aktien in Partizipationsscheine	31
3.4 Die Umwandlung von Partizipationsscheinen in Aktien.....	32
3.5 Quantitative Beschränkung des Partizipationsscheinkapitals	33

3.6	Die Rolle des Partizipationskapitals bei der Berechnung gesellschaftsrechtlicher Grenzwerte	35
3.6.1	Addition von Aktien- und Partizipationskapital	35
3.6.2	Getrennte Betrachtung von Aktien- und Partizipationskapital	36
3.6.3	Auf die Aktien beschränkte Berechnung	37
4.	Genussscheine	37
5.	Vorrechte einzelner Kategorien von Beteiligungsrechten	38
5.1	Stimmrechtsaktien	38
5.2	Vorzugsrechte von Aktionären und Partizipanten	39
6.	Kauf eigener Aktien und Partizipationsscheine	42
6.1	Voraussetzungen für den Erwerb eigener Aktien	42
6.2	Buchhalterische Behandlung des Erwerbs eigener Aktien	43
6.3	Ruhen der Stimmrechte	44
7.	Vinkulierung	46
7.1	Keine wesentliche Änderung der Vinkulierungsregelung	46
7.1.1	Nicht kotierte Aktien	46
7.1.2	Kotierte Aktien	47
7.2	Ablehnung der Eintragung mit Stimmrecht bei «empty-voting»	47
7.2.1	Die statutarische Grundlage für die Anwendung von Art. 658d Abs. 2 OR	48
7.2.2	Der Tatbestand des «empty-voting»	48
7.2.2.1	Securities Lending	49
7.2.2.2	Terminverkauf	49
7.2.2.3	Put- oder Call-Rechte	49
7.2.2.4	Abgrenzungssprobleme	49
7.2.2.5	Kollektive Kapitalanlagen	50
7.2.2.6	Absicherungsstrategien	50
7.2.3	Vorgehen bei der Geltendmachung des «empty-voting»	51
7.2.4	Die Vinkulierung ist auch beim «empty-voting» nur Eingangskontrolle	52
7.2.5	Formelle Voraussetzungen für die Anwendung von Art. 658d Abs. 2 OR	53
7.3	Verfahren	53
7.4	Keine Regelung der Dispoaktien	53
8.	Die Ausübung von Rechten aus Aktien gegenüber der Gesellschaft	56
8.1	Legitimation zur Ausübung von Rechten	56
8.1.1	Namenaktien	56
8.1.2	Inhaberaktien – kein Recht auf Anonymität bei der Ausübung von Stimmrechten	56
8.2	Vollmachten für die Generalversammlung	57
8.2.1	Vollmachten bei nicht kotierten Gesellschaften	57
8.2.2	Vollmachten bei kotierten Gesellschaften	60
8.2.2.1	Pflicht zur Bestimmung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters	61
8.2.2.2	Unabhängigkeitserfordernis	62
8.2.2.3	Vollmachterteilung und Weisung der Aktionäre an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter	63

8.2.2.4	Formular zur Bevollmächtigung und Weisungserteilung	64
8.2.2.5	Transparenz bezüglich Bevollmächtigung	64
8.2.2.6	Offenlegung der Abstimmungsweisungen an den Verwaltungsrat	65
C. Veränderung des Kapitals: Kapitalerhöhung, Kapitalherabsetzung und Kapitalband.....		69
1. Ordentliche Kapitalerhöhung	70	
1.1 Generalversammlungsbeschluss und Vollzug durch den Verwaltungsrat.....	70	
1.1.1 Generalversammlungsbeschluss mit Maximalbetrag.....	70	
1.1.2 Vollzug der Kapitalerhöhung durch den Verwaltungsrat.....	71	
1.1.3 Frist für den Vollzug der Kapitalerhöhung: sechs Monate	72	
1.2 Festlegung des Ausgabepreises: Verbot der Benachteiligung einzelner Aktionärinnen.....	73	
1.2.1 Preisfestlegung bei Kapitalerhöhungen mit Bezugsrecht	74	
1.2.1.1 Kapitalerhöhungen bei Gesellschaften mit liquidem Bezugsrechtshandel.....	75	
1.2.1.2 Kein Bezugsrechtshandel aufgrund rechtlicher oder faktischer Hindernisse.....	75	
1.2.2 Preisfestlegung bei Kapitalerhöhungen mit Entzug des Bezugsrechtes	77	
1.3 Einzahlung des Ausgabebetrages	79	
1.3.1 Die Möglichkeiten zur Einzahlung	79	
1.3.2 Sacheinlage.....	79	
1.3.3 Die Regelung der Verrechnungsliberierung	79	
1.3.3.1 Keine Verrechnungsliberierung ohne Einwilligung der Gesellschaft	80	
1.3.3.2 Die Verrechnung ist auch mit nicht fälligen Forderungen möglich	80	
1.3.3.3 Keine Liberierung mit bestrittenen Forderungen	80	
1.3.3.4 Die Forderung muss zwar gültig bestehen, muss aber nicht werthaltig sein	81	
1.3.3.5 Offenlegung der Verrechnungsliberierung in den Statuten.....	82	
1.3.4 Die Liberierung aus freien Reserven	83	
1.3.5 Abschaffung der Regeln über die Sachübernahme	85	
1.4 Bezugsrecht.....	85	
1.4.1 Das Bezugsrecht der Aktionärin	85	
1.4.2 Der Entzug des Bezugsrechtes.....	86	
1.4.3 Zusätzlicher Schutz vor unsachlicher Benachteiligung durch den Entzug von Bezugsrechten.....	88	
1.5 Regelung der Prospektflicht im FIDLEG	89	
2. Bedingte Kapitalerhöhung	89	
2.1 Die Begrenzung des bedingten Kapitals	90	
2.2 Ausweitung des Personenkreises, dem Options- und Wandelrechte eingeräumt werden können	91	

Inhaltsverzeichnis

2.3	Schutz der Aktionärinnen vor Verwässerung.....	92
2.3.1	Das Bezugsrecht bei Aktionäroptionen.....	93
2.3.2	Vorwegzeichnungsrecht bei Wandel- oder Optionsobligationen.....	93
2.3.3	Keine unsachliche Begünstigung bzw. Benachteiligung von Aktionärinnen	95
2.4	Schutz der Wandel- oder Optionsberechtigten.....	96
2.5	Verfahren zur Erhöhung des Kapitals bei Ausübung von Options- und Wandelrechten	96
2.5.1	Erleichterung bei der Ausübung von Options- und Wandelrechten.....	96
2.5.2	Keine Veränderung bezüglich Liberierung und Entstehung der neuen Aktien.....	97
2.5.3	Keine Veränderung bezüglich der Feststellung der Kapitalerhöhung	97
2.5.4	Streichung des bedingten Kapitals.....	98
3.	Kapitalherabsetzung.....	99
3.1	Arten der Kapitalherabsetzung.....	99
3.1.1	Kapitalherabsetzung mit Rückzahlung an die Aktionärinnen (konstitutive Kapitalherabsetzung)	100
3.1.2	Herabsetzung ohne Rückzahlung an die Aktionärinnen (deklaratorische Kapitalherabsetzung).....	100
3.1.3	Genehmigte Herabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes.....	100
3.2	Mindestkapital als Grenze der Kapitalherabsetzung – Berücksichtigung ausländischer Währungen	101
3.3	Durchführung der Kapitalherabsetzung mit Auszahlung	101
3.3.1	Beschluss der Generalversammlung	101
3.3.1.1	Durchführung des Schuldenrufs und Einhaltung der Prüfungsbestätigung vor der Generalversammlung	103
3.3.1.2	Durchführung des Schuldenrufs und Einholung der Prüfungsbestätigung nach der Generalversammlung	104
3.3.2	Schuldenruf und die Rechte der Gläubigerinnen	105
3.3.2.1	Rückzahlung der Forderung	106
3.3.2.2	Sicherstellung der Forderung	107
3.3.2.3	Nachweis fehlender Gefährdung	107
3.3.3	Prüfungsbestätigung der Revisionsexpertin.....	109
3.3.4	Vollzug der Kapitalherabsetzung.....	112
3.3.5	Ablauf der Kapitalherabsetzung und Zeitverhältnisse in der Praxis.....	113
3.4	Kapitalherabsetzung ohne Auszahlung: Kapitalschnitt und Harmonika in Sanierungsfällen	114
3.4.1	Kapitalschnitt bei Unterbilanz	115
3.4.1.1	Voraussetzungen für die erleichterte Kapitalherabsetzung und Bestätigung durch einen Revisionsexperten.....	116
3.4.1.2	Erleichterungen	117
3.4.1.3	Verfahren	118
3.4.2	«Harmonika» – gleichzeitige Herabsetzung und Wiedererhöhung des Kapitals.....	118

3.4.2.1	Verzicht auf die Anwendung der Bestimmung zum Gläubigerschutz.....	119
3.4.2.2	Anwendungen der Bestimmungen über die ordentliche Kapitalerhöhung	120
3.4.2.3	Teilweise Einzahlung des neuen Kapitals	120
3.4.2.4	Herabsetzung des Aktienkapitals auf null	121
3.4.2.5	Bezugsrechte der bisherigen Aktionärinnen.....	121
3.4.2.6	Information der Aktionärinnen.....	122
3.4.2.7	Wiedererhöhung des Kapitals auf einen geringeren als den ursprünglichen Betrag	122
4.	Kapitalband/Flexibilisierung des Kapitals	123
4.1	Grundlagen und Grenzen des Kapitalbands	125
4.2	Laufzeit des Kapitalbandes	127
4.3	Der Inhalt der Statutenbestimmung über das Kapitalband	128
4.4	Kapitalerhöhungen im Rahmen des Kapitalbandes.....	131
4.4.1	Art der ausgegebenen Beteiligungspapiere.....	131
4.4.2	Ausgabepreis der Aktien.....	132
4.4.3	Art der Liberierung.....	132
4.4.4	Das Bezugsrecht der Aktionärinnen	133
4.4.5	Das Vorgehen des Verwaltungsrates bei der Kapitalerhöhung	134
4.5	Bedingtes Kapital im Rahmen des Kapitalbandes.....	134
4.6	Die Kapitalherabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes	135
4.6.1	Art der Herabsetzung.....	135
4.6.2	Durchführung der Kapitalherabsetzung	136
4.7	Vollzug der Kapitalerhöhung bzw. -herabsetzung im Rahmen des Kapitalbandes	137
4.8	Konsequenzen von Gesetzes- und Statutenverletzung des Verwaltungsrates: Gültigkeit der Kapitaltransaktion aber Verantwortung des Verwaltungsrates	138
4.9	Verhältnis des Kapitalbandes zur ordentlichen Kapitalerhöhung und -herabsetzung sowie zum bedingten Kapital	141
4.9.1	Beschlüsse der Generalversammlung zur ordentlichen Kapitalerhöhung oder -herabsetzung	141
4.9.2	Kapitalerhöhung aufgrund eines bedingten Kapitals	141
D. Rechnungswesen, Dividenden und die Rückforderung unrechtmässiger Ausschüttungen	143
1.	Rechnungswesen und Rechnungslegungsvorschriften	143
1.1	Anpassung des Rechnungslegungsrechts an andere Bestimmungen der Revision	144
1.1.1	Angaben über eigene Aktien	144
1.1.2	Angaben über die Abberufung der Revisionsstelle.....	145
1.1.3	Angaben über die Nutzung des Kapitalbandes	145
1.1.4	Aufhebung der Bestimmungen über die Angabe von Vergütungen von Verwaltungsrat und Geschäftsführern sowie über die Beteiligung von Grossaktionären.....	146

1.2	Die Regelung des Zwischenabschlusses	146
1.2.1	Erstellung des Zwischenabschlusses nach dem für den Jahresabschluss angewendeten Standard	147
1.2.2	Nicht nur Zwischenbilanz, sondern Zwischenabschluss mit Bilanz und Erfolgsrechnung	148
1.2.3	Der Anhang zum Zwischenabschluss	149
1.2.3.1	Vereinfachungen und Verkürzungen	149
1.2.3.2	Die zusätzliche Angaben im Anhang	150
1.2.4	Die Publikation von Quartalsabschlüssen, Kennzahlen und weiteren Angaben zur Entwicklung des Unternehmens.....	151
1.3	Klärung bezüglich der gebundenen Reserven	151
1.3.1	Die Schaffung gesetzlicher Reserven	152
1.3.1.1	Gesetzliche Kapitalreserven.....	152
1.3.1.2	Gesetzliche Gewinnreserven.....	153
1.3.1.3	Aufwertungsreserven	153
1.3.1.4	Sperrung von Reserven aufgrund des Erwerbs eigener Aktien.....	154
1.3.2	Ausschüttung gesetzlicher Reserven an die Aktionäre	154
1.4	Freiwillige Gewinnreserven	155
1.5	Die Verrechnung von Reserven mit Verlusten.....	156
2.	Aufwertung von Beteiligungen und Immobilien bei Kapitalverlust und Überschuldung	157
2.1	Voraussetzungen für die Bewertung	158
2.2	Aufwertbare Aktiven und Höchstbetrag der Aufwertung.....	158
2.3	Verbuchung und Sperre des Aufwertungsbetrages.....	159
3.	Dividendenausschüttungen: Die neue Zwischendividende.....	160
3.1	Die Voraussetzungen zur Ausschüttung von Dividenden	160
3.2	Voraussetzungen für die Zahlung einer Zwischendividende.....	160
3.3	Abgrenzung zu den aufgrund des letzten Jahresabschlusses ausbezahlten Dividenden	162
4.	Rückerstattung von ungerechtfertigten Ausschüttungen und verdeckten Dividenden	163
4.1	Rückerstattung von ungerechtfertigten Dividenden und weiteren unzulässigen Ausschüttungen an die Aktionäre.....	163
4.2	Rückerstattung von unzulässigen Leistungen an Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung	164
4.3	Verdeckte Ausschüttungen.....	165
4.4	Der bösgläubige Erwerb ist keine Voraussetzung der Rückforderung, Art. 64 OR findet aber Anwendung	166
4.5	Aktivlegitimation	167
4.6	Verjährung	168
E.	Informationsrechte der Aktionärinnen.....	169
1.	Geschäfts- und Revisionsberichte	170
1.1	Offenlegung des Geschäftsberichtes	170
1.2	Offenlegung der Revisionsberichte	171
1.3	Zustellung des Geschäftsberichtes und der Revisionsberichte nach der Generalversammlung.....	172

2.	Auskunfts- und Einsichtsrecht	172
2.1	Auskunftsrecht anlässlich der Generalversammlung	172
2.1.1	Voraussetzung für das Auskunftsrecht	173
2.1.1.1	Angelegenheiten der Gesellschaft	173
2.1.1.2	Erforderlich für die Ausübung der Aktionärsrechte	174
2.1.1.3	Keine Gefährdung von Geschäftsgeheimnissen und anderen schutzwürdigen Interessen	174
2.1.2	Erteilung oder Verweigerung der Auskunft.....	175
2.1.3	Die schriftliche Voranmeldung der Frage ist nicht Pflicht, stärkt aber die Position der Aktionärrinnen	177
2.2	Auskunftsrecht ausserhalb der Generalversammlung	178
2.3	Einsichtsrecht.....	181
2.3.1	Voraussetzungen für das Einsichtsrecht	182
2.3.2	Gegenstand des Einsichtsrechtes	182
2.3.3	Die Durchführung der Einsicht.....	182
2.3.4	Zulassung bzw. Ablehnung des Einsichtsrechts	183
2.3.5	Kein Entscheid der Generalversammlung über das Einsichtsrecht	184
2.4	Auskunfts- und Einsichtsklage.....	185
2.5	Transparenz und Gleichbehandlung der Aktionärrinnen	187
3.	Sonderuntersuchung.....	189
3.1	Sonderuntersuchung auf Beschluss der Generalversammlung.....	190
3.2	Sonderuntersuchung aufgrund einer Sonderuntersuchungsklage	191
3.2.1	Die für die Klage erforderliche Beteiligung	191
3.2.2	Klagefrist, Zuständigkeit und Verfahrensart.....	192
3.2.3	Formulierung der Fragen, die in der Sonderuntersuchungsklage geklärt werden sollen.....	192
3.2.4	Glaubhaftmachung der Rechtsverletzung	193
3.2.5	Glaubhaftmachung der Eignung zur Schadensverursachung.....	195
3.3	Durchführung der Sonderuntersuchung	196
3.4	Die Kosten der Sonderuntersuchung	198
3.5	Einfluss der Sonderuntersuchung auf hängige Verfahren	198
F.	Generalversammlung	201
1.	Kompetenzen der Generalversammlung	202
1.1	Neue Kompetenzen	202
1.1.1	Festsetzung von Zwischendividenden und die Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses	203
1.1.2	Die Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve	203
1.1.3	Die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft	203
1.2	Neue Kompetenzen bei kotierten Gesellschaften	204
1.3	Abwahl von Funktionsträgern durch die Generalversammlung	206
2.	Das Recht auf Einberufung der Generalversammlung	207
3.	Traktandierungs- und Antragsrecht.....	209
3.1	Traktandierungsrecht	209
3.1.1	Grenzwerte für das Traktandierungsrecht.....	209

Inhaltsverzeichnis

3.1.2	Frist zur Einreichung von Traktandierungsbegehren	210
3.1.3	Gerichtliche Durchsetzung	211
3.2	Antragsrecht der Aktionäre	211
3.2.1	Anträge an die Generalversammlung	211
3.2.2	Aufnahme des Antrags in die Traktandenliste	212
3.2.3	Gerichtliche Durchsetzung	213
4.	Die Einberufung der Generalversammlung	214
4.1	Frist und Inhalt der Einladung	214
4.2	Form der Einladung	214
4.3	Die Begründung von Anträgen in der Einladung	215
4.3.1	Begründung der Anträge des Verwaltungsrates	215
4.3.1.1	Begründungspflicht bei kotierten Gesellschaften	215
4.3.1.2	Keine Begründungspflicht bei nicht kotierten Gesellschaften	216
4.3.2	Begründung von Anträgen der Aktionäre	216
5.	Das Prinzip der Einheit der Materie bei Anträgen	217
5.1	Die Bedeutung des Prinzips der Einheit der Materie	218
5.2	Die Anwendung des Prinzips der Einheit der Materie	219
5.3	Verletzungen des Prinzips der Einheit der Materie	220
6.	Die Information der Generalversammlung	220
6.1	Die Informationspflicht des Verwaltungsrates anlässlich der Generalversammlung	221
6.2	Umfang der Informationspflicht anlässlich der Generalversammlung	221
6.2.1	Statutenänderungen	222
6.2.2	Ausschüttungen	222
6.2.3	Wahl des Verwaltungsrates	223
6.2.4	Wahl der Revisionsstelle	223
6.2.5	Genehmigung der Jahresrechnung, des Lageberichtes und der Konzernrechnung	223
6.2.6	Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates	223
6.2.7	Kapitalerhöhungen	224
6.2.8	Sanierungsmassnahmen	224
6.2.9	Fusionsrechtliche Transaktionen	225
6.2.10	Basis der Information der Generalversammlung	225
6.3	Die Verpflichtung des Verwaltungsrats zu sachlicher und neutraler Information	225
6.3.1	Sachlichkeit	226
6.3.2	Neutralität	226
6.4	Konsequenzen ungenügender Information	227
7.	Tagungsort	229
7.1	Durchführung der Generalversammlung im In- oder Ausland	229
7.2	Die Bestimmung des konkreten Tagungsortes	230
7.3	Generalversammlung mit mehreren Tagungsorten	232
8.	Verwendung elektronischer Mittel bei der Durchführung der Generalversammlung	232
8.1	Teilnahme auf elektronischer Basis und Durchführung einer virtuellen Generalversammlung	233

8.1.1	Elektronische Teilnahme von Aktionären an einer physischen Generalversammlung (Hybride Generalversammlung)	233
8.1.2	Rein elektronische Durchführung der Generalversammlung (Virtuelle Generalversammlung)	235
8.2	Voraussetzungen für den Einsatz elektronischer Mittel	236
8.3	Technische Probleme während der Generalversammlung.....	238
8.4	Öffentliche Beurkundung bei virtuellen Generalversammlungen und elektronischer Teilnahme von Aktionären	241
9.	Beschlussfassung der Generalversammlung	242
9.1	Mehrheitsprinzip	242
9.2	Stichentscheid des Vorsitzenden.....	242
9.3	Qualifizierte Mehrheitserfordernisse.....	243
9.4	Traktandierung als Voraussetzung für die Beschlussfassung	244
10.	Protokoll der Generalversammlung	245
10.1	Inhalt des Protokolls.....	245
10.2	Frist für die Erstellung des Protokolls	247
10.3	Bekanntgabe von Beschlüssen bei kotierten Gesellschaften	248
11.	Universalversammlung	249
12.	Zirkularbeschluss	250
G. Der Verwaltungsrat	253	
1.	Wahl und Abberufung.....	254
2.	Amtsdauer.....	254
3.	Zusammensetzung des Verwaltungsrates: Geschlechterquote.....	255
3.1	Richtwerte der Geschlechterquote	255
3.2	Keine Sanktion, aber Offenlegung der nicht erreichten Geschlechterquote	257
3.3	Übergangsfrist.....	258
4.	Die Rechte des Verwaltungsrates an der Generalversammlung	258
5.	Präsidentin des Verwaltungsrates.....	260
5.1	Die Wahl der Verwaltungsratspräsidentin.....	260
5.2	Abwahl der Präsidentin.....	260
6.	Beschlussfassung des Verwaltungsrates, Protokollführung.....	261
6.1	Mehrheitsbildung	261
6.2	Persönliche Teilnahme an Willensbildung und Abstimmung	262
6.3	Durchführung der Verwaltungsratssitzung.....	262
6.3.1	An einer physischen Sitzung	262
6.3.2	An einer Sitzung unter Anwendung elektronischer Mittel	262
6.3.3	Durch Zirkularbeschluss	263
6.4	Protokoll des Verwaltungsrates	264
7.	Kompetenzen und Kompetenzdelegation.....	264
8.	Interessenkonflikte	266
8.1	Offenlegung von Interessenkonflikten	266
8.2	Massnahmen des Verwaltungsrates	267
8.3	Relevanz der Interessenkonfliktregeln für die Haftung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung	268
9.	Haftung der Organe.....	269
9.1	Wirkung des Entlastungsbeschlusses – Verlängerung der Klagefrist	270

Inhaltsverzeichnis

9.2	Verjährung, Berücksichtigung einer laufenden Sonderuntersuchung.....	271
9.3	Die Behandlung von Rangrücktrittsforderungen.....	272
H. Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung bei kotierten Gesellschaften		273
1.	Geltungsbereich der Vorschriften über die Vergütung bei kotierten Gesellschaften.....	274
1.1	Kotierte Gesellschaften	274
1.2	Nicht kotierte Gesellschaften	275
2.	Vergütungsausschuss	276
2.1	Wahl des Vergütungsausschusses	276
2.2	Aufgaben des Vergütungsausschusses	278
3.	Vergütungsbericht.....	278
3.1	Offenlegung von Dienstleistungsschädigungen für frühere Organe.....	279
3.2	Offenlegung von Zahlungen für Konkurrenzverbote	280
3.3	Offenlegung von Beteiligungen an der Gesellschaft.....	280
3.4	Offenlegung von Positionen bei anderen Unternehmen	281
4.	Statutenbestimmungen über die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsführung	282
4.1	Die maximale Anzahl von weiteren Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungspositionen.....	283
4.2	Die maximale Dauer von Arbeits- und Dienstleistungsverträgen mit Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung	284
4.3	Aufgaben und Zuständigkeiten des Vergütungsausschusses.....	284
4.4	Die Abstimmung der Generalversammlung über die Entschädigung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung	285
5.	Beschluss der Generalversammlung über die Entschädigung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung	285
5.1	Der gesetzliche Rahmen für die Statutenbestimmung.....	286
5.2	Beschluss- oder Genehmigungskompetenz der Generalversammlung	287
5.3	Der Inhalt des Beschlusses der Generalversammlung: Retrospektive oder prospektive Festlegung der Vergütung.....	288
5.4	Vorgehen bei der Ablehnung der Vergütung	289
6.	Verträge mit Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitgliedern.....	291
6.1	Verträge mit dem Verwaltungsrat	291
6.2	Verträge mit Geschäftsleitungsmitgliedern	291
7.	Unzulässige Vergütungen	292
7.1	Abgangsschädigungen.....	292
7.2	Übermäßige Entschädigungen aufgrund eines Konkurrenzverbots.....	293
7.3	Nicht marktübliche Vergütungen im Zusammenhang mit einer früheren Tätigkeit als Organ.....	294
7.4	Vergütungen im Voraus	295
7.5	Antrittsprämien, die keinen nachweisbaren finanziellen Nachteil kompensieren.....	296
7.6	Provisionen für die Übernahme oder Übertragung von Unternehmen.....	297

7.7	Darlehen, Kredite und Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge und erfolgsabhängige Vergütungen, deren Grundsätze in den Statuten nicht vorgesehen sind	299
7.8	Zuteilung von Beteiligungspapieren, Wandel- und Optionsrechten, deren Grundsätze in den Statuten nicht vorgesehen sind.....	300
8.	Unzulässige Vergütungen im Rahmen von Konzernen.....	300
9.	Unzulässige Leistungen an nahestehende Personen.....	301
I.	Vorgehen bei finanziellen Problemen: Zahlungsunfähigkeit, Kapitalverlust und Überschuldung	303
1.	Die Sanierungspflicht des Verwaltungsrates.....	304
2.	Massnahmen bei drohender Zahlungsfähigkeit: Art. 725 OR	306
2.1	Pflicht des Verwaltungsrates zur Überwachung der Liquidität	307
2.2	Vorgehen bei drohender Zahlungsunfähigkeit	308
2.2.1	Der Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit	309
2.2.2	Massnahmen bei drohender Zahlungsunfähigkeit	309
2.2.2.1	Konsequente Liquiditätsplanung.....	310
2.2.2.2	Stundungsvereinbarung mit Gläubigerinnen.....	311
2.2.2.3	Verbesserte Liquiditätsbewirtschaftung und Devestitionen	312
2.2.2.4	Betriebliche Massnahmen zur Ertragssteigerung und Liquiditätserhaltung	313
2.2.2.5	Fremdfinanzierung.....	314
2.2.2.6	Kapitalerhöhung.....	314
2.2.2.7	Nachlassstundungsgesuch	315
2.3	Beschleunigungsgebot	315
3.	Massnahmen bei Kapitalverlust	316
3.1	Begriff des Kapitalverlustes	316
3.2	Die Jahresrechnung als Grundlage für die Feststellung eines Kapitalverlustes.....	318
3.3	Die Verpflichtungen des Verwaltungsrates, Massnahmen einzuleiten.....	319
3.3.1	Verrechnung von Reserven mit Verlusten	320
3.3.2	Deklaratorische Kapitalherabsetzung ohne Auszahlung an die Aktionärinnen.....	321
3.3.3	Aufwertung von Aktiven	321
3.3.4	Auflösung unnötiger Rückstellungen und Wertberichtigungen	322
3.3.5	Kapitalerhöhung durch Verrechnung mit Fremdkapital.....	322
3.3.6	Kombination mit Massnahmen zur Verbesserung der Liquidität	323
3.4	Keine Pflicht zur Durchführung einer Generalversammlung	323
3.5	Beschleunigungsgebot	323
4.	Handlungspflichten des Verwaltungsrates bei Überschuldung	324
4.1	Der Begriff der Überschuldung	324
4.2	Verpflichtungen des Verwaltungsrates bei Überschuldung	326
4.2.1	Bilanzierung bei begründeter Besorgnis einer Überschuldung.....	326

Inhaltsverzeichnis

4.2.2	Prüfung des Zwischenabschlusses	327
4.2.3	Konkursanmeldung bei Überschuldung.....	328
4.2.4	Aufschub der Konkursanmeldung aufgrund von Sanierungsaussichten.....	328
4.2.4.1	Begründete Aussicht auf Sanierung	329
4.2.4.2	Keine zusätzliche Gefährdung der Gläubigerinnen.....	329
4.2.4.3	Keine Überschreitung der Frist von 90 Tagen	330
4.2.5	Verzicht auf die Konkursanmeldung bei Sanierung oder Rangrücktritt von Gläubigerinnen	332
4.2.5.1	Sanierung	333
4.2.5.2	Rangrücktritt von Gläubigerinnen.....	333
4.3	Zeitgerechtes Handeln/Beschleunigungsgebot.....	335
4.4	Haftungsrisiko des Verwaltungsrates	335
4.5	Sanierungsmassnahmen zur Beseitigung einer Überschuldung	337
4.6	Wegfall des aktienrechtlichen Konkursaufschubs.....	338
5.	Kritische Betrachtung der Regeln zur finanziellen Krise und Konkursauslösung.....	338
J.	Transparenzvorschriften im Corporate Social Responsibility Bereich.....	341
1.	Corporate Social Responsibility und Aktienrecht	343
1.1	Corporate Social Responsibility – neue Pflichten für Unternehmen.....	343
1.2	Shareholder Value oder Stakeholder Value?	344
1.3	What Gets Measured Gets Done: Das «Triple Bottom Line Reporting»	345
1.4	Verwirklichung von CSR-Konzepten im Aktienrecht.....	347
2.	Die allgemeine Berichterstattung über nichtfinanzielle Belange («CSR-Bericht»)	349
2.1	Anwendungsbereich der CSR-Berichterstattung.....	350
2.1.1	Gesellschaften des öffentlichen Interesses i. S. v. Art. 2 RAG	351
2.1.1.1	Publikumsgesellschaften	351
2.1.1.2	Unternehmen, die im Rahmen von Art. 3 FINMAG durch eine gemäss Art. 9a RAG zugelassene Prüfgesellschaft geprüft werden müssen	352
2.1.2	500 Vollzeitstellen.....	352
2.1.3	Größenkriterien	353
2.1.4	Befreiung von der Berichterstattungspflicht bei Aufnahme in einen konsolidierten Bericht	354
2.2	Der Inhalt des CSR-Berichtes	355
2.2.1	Bereiche der Berichterstattung.....	355
2.2.1.1	Umweltbelange und CO ₂ -Ziele	355
2.2.1.2	Sozialbelange	356
2.2.1.3	Arbeitnehmerbelange	357
2.2.1.4	Achtung der Menschenrechte.....	358
2.2.1.5	Bekämpfung der Korruption	360

2.2.1.6	Schweizerische und internationale Normen als Massstab für das Verhalten, unabhängig von lokalen Gegebenheiten.....	360
2.2.2	Informationen über die Tätigkeit des Unternehmens in den für die Berichterstattung relevanten Bereichen	361
2.2.2.1	Beschreibung des Geschäftsmodells	361
2.2.2.2	Beschreibung der Konzepte und Vorkehrungen zur Sorgfaltsprüfung sowie der Ergebnisse.....	361
2.2.2.3	Beschreibung der Risiken sowie des Risikomanagements	363
2.2.2.4	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	364
2.3	Die Verwendung von Regelwerken	365
2.4	Konsolidierte Berichterstattung.....	366
2.5	Comply or Explain.....	366
2.6	Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Berichtes.....	367
2.6.1	Erstellung und Unterzeichnung durch den Verwaltungsrat	367
2.6.2	Genehmigung durch die Generalversammlung.....	368
2.6.3	Veröffentlichung.....	368
3.	Transparenz- und Sorgfaltspflichten bezüglich Kinderarbeit.....	369
3.1	Anwendungsbereich der Bestimmungen über Kinderarbeit	370
3.1.1	KMU-Ausnahme mit Einschränkungen.....	370
3.1.2	Ausnahme für Unternehmen mit geringem Risiko	371
3.1.3	Die konkrete Verdachtsprüfung	372
3.1.4	Die Prüfung nach einem international anerkannten Regelwerk.....	373
3.1.5	Prüfschema für die Unterstellung von Unternehmen	374
3.2	Die Sorgfaltsprüfungspflicht.....	375
3.2.1	Lieferkettenpolitik	375
3.2.2	System zur Rückverfolgung der Lieferkette	377
3.2.3	Meldeverfahren/Whistleblowing	378
3.2.4	Risikomanagement	378
3.2.5	Verantwortung für die Sorgfaltsprüfung.....	378
3.3	Berichterstattung	379
3.3.1	Inhalt des Berichtes	379
3.3.2	Keine Pflicht zur externen Prüfung	379
3.3.3	Verantwortung für die Erstellung des Berichtes	380
3.3.4	Keine Genehmigung durch die Generalversammlung	380
3.3.5	Veröffentlichung des Berichtes	380
4.	Transparenz bei Rohstoffunternehmen	380
4.1	Betroffene Unternehmen	381
4.1.1	Tätigkeit in der Rohstoffgewinnung	381
4.1.2	Größenkriterien	383
4.1.3	Keine Berichterstattungspflicht bei Einbezug in einen konsolidierten Bericht	383
4.2	Inhalt des Transparenzberichtes	384
4.2.1	Der Begriff der staatlichen Stelle.....	385
4.2.2	Die vom Bericht erfassten Zahlungen.....	385
4.2.3	De-Minimis Ausnahme.....	387
4.3	Form und Veröffentlichung des Transparenzberichtes.....	387

Inhaltsverzeichnis

4.4	Die Verantwortung des Verwaltungsrates.....	388
4.5	Keine Prüfung und keine Genehmigung durch die Generalversammlung...	389
5.	Transparenz- und Sorgfaltspflichten bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten	389
5.1	Anwendungsbereich.....	390
5.1.1	Einfuhr oder Verarbeitung von Metall und Mineralien aus Hochrisikogebieten.....	390
5.1.2	Grenzwerte	391
5.1.3	Sorgfalsprüfung und Berichterstattung nach internationalem Standard.....	392
5.1.4	Prüfschema für die Unterstellung von Unternehmen.....	392
5.2	Sorgfalsprüfungspflicht.....	393
5.2.1	Die Lieferkettenpolitik des Unternehmens	393
5.2.2	System zur Rückverfolgung der Lieferkette	395
5.2.3	Meldeverfahren und Risikomanagement	395
5.2.4	Verantwortung für die Sorgfalsprüfung	396
5.2.5	Externe Prüfung	396
5.3	Berichterstattung	396
6.	Inkrafttreten/erstmalige Berichterstattung gemäss Art. 964a ff. OR	396
7.	Strafbestimmungen	396
7.1	Verletzung der allgemeinen CSR-Berichterstattungspflicht oder der Berichterstattungspflicht betreffend Kinderarbeit und Konfliktmaterialien	397
7.2	Verletzung der Vorschriften betreffend Berichterstattung über Zahlungen an staatliche Stellen (Rohstoffunternehmen)	398
K. Zivilprozessuale Vorschriften	401	
1.	Änderungen beim vorsorglichen Rechtsschutz: Abschaffung der Handelsregistersperre	402
1.1	Die Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im Aktienrecht	402
1.2	Kurzes Zeitfenster für den einstweiligen Rechtsschutz	403
1.3	Die Abschaffung der Handelsregistersperre	404
1.4	Superprovisorische Massnahmen	405
1.4.1	Verfügungsanspruch	406
1.4.2	Verfügungsgrund	407
1.4.3	Besondere Dringlichkeit	407
1.4.4	Das Rennen gegen die Zeit	408
1.5	Gegenmassnahmen der Gesellschaft	409
1.5.1	Einreichen einer Schutzschrift	409
1.5.2	Begehren um Sicherheitsleistung	410
1.5.3	Hohe Geschwindigkeit beim Vollzug einer ordentlichen Kapitalerhöhung	410
1.5.4	Weitere Vorkehrungen von Aktionärinnen, die zwei Drittel der Stimmen halten	411
1.5.4.1	Einsatz des Kapitalbandes	411
1.5.4.2	Die Einführung eines Schiedsgerichtes	412
2.	Statutarische Schiedsgerichtsklausel	412
2.1	Die Einführung einer statutarischen Schiedsklausel	413
2.2	Anwendungsbereich statutarischer Schiedsgerichtsklauseln	414
2.2.1	Betroffene Personen (subjektiver Anwendungsbereich)	414

Inhaltsverzeichnis

2.2.2	Betroffene Ansprüche (objektiver Anwendungsbereich).....	415
2.2.3	Der Anwendungsbereich der Schiedsklausel umfasst auch Verfahren des summarischen Verfahrens.....	417
2.2.4	Die Zuständigkeit für vorsorgliche Massnahmen	417
2.3	Das Schiedsverfahren.....	419
2.3.1	Anwendung der ZPO, Ausschluss der IPRG-Regelung.....	419
2.3.2	Verfahrensordnung.....	420
2.3.3	Beschränkte Rechtsmittel	420
2.3.4	Keine Kompetenz des Schiedsgerichtes zur Anordnung von Zwangsmassnahmen	421
2.3.5	Der Einbezug von Drittpersonen in das Schiedsverfahren.....	422
2.3.5.1	Informationen direkt betroffener Personen	423
2.3.5.2	Mitwirkungsrechte der direkt betroffenen Personen	424
Sachregister		427